Allgemeine und ergänzende Bedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (AEKHB)

Inhaltsverzeichnis

Allgemeiner Teil

- Artikel 1** Was ist Gegenstand der Versicherung?
- Artikel 2** Wer sind mitversicherte Personen, wie können diese ihre Ansprüche geltend machen und unter welchen Voraussetzungen ist der Versicherer ihnen gegenüber bei einem Fehlverhalten des Versicherungsnehmers leistungsfrei?
- Artikel 3** Was gilt als Versicherungsfall?
- Artikel 4** Wo gilt die Versicherung (örtlicher Geltungsbereich)?
- Artikel 5** Wie ist der Versicherungsschutz für das Ausland geregelt?
- Artikel 6** Bis zu welcher Höhe leistet der Versicherer (Versicherungssummen)?
- Artikel 7** Was gilt als Versicherungsperiode, wann ist die Prämie zu bezahlen, wann beginnt der Versicherungsschutz im Allgemeinen, und was versteht man unter einer vorläufigen Deckung?
- Artikel 8** Was ist nicht versichert (Risikoausschlüsse)?
- Artikel 9** Was ist vor bzw. nach Eintritt des Versicherungsfalles zu beachten (Obliegenheiten)?
- Artikel 10** Welche Umstände sind als Erhöhung der Gefahr anzusehen?
- Artikel 11** Inwieweit ist die Leistungsfreiheit des Versicherers bei Verletzung einer Obliegenheit oder einer Erhöhung der Gefahr beschränkt?
- Artikel 12♦** (Wann und unter welchen Voraussetzungen ändert sich die Prämie (Vereinbarte Prämienanpassung)?) – **entfällt**.
- Artikel 13** Wann und unter welchen Voraussetzungen können Änderungen allgemein vom Versicherer verwendeter Tarife mit Wirksamkeit auf bereits bestehende Verträge angewendet werden?
- Artikel 14** Wann und unter welchen Voraussetzungen können Änderungen allgemein vom Versicherer verwendeter Bedingungen mit Wirksamkeit auf bereits bestehende Verträge angewendet werden?
- Artikel 15** Welche Rechte hat der Versicherungsnehmer bei der Vereinbarung eines Bonus-Malus-Systems?
- Artikel 16** Wozu ist der Versicherer bevollmächtigt? Wann können Versicherungsansprüche abgetreten oder verpfändet werden?
- Artikel 17** Unter welchen Voraussetzungen kann der Versicherungsvertrag gekündigt werden? Wer kann nach Eintritt des Versicherungsfalles kündigen? Was gilt bei Wegfall des versicherten Risikos? Was gilt bei Veräußerung des versicherten Fahrzeuges? Welche Schadenverlaufsbescheinigung muss der Versicherer auf Verlangen ausstellen?
- Artikel 18♦** Wann ruht der Vertrag?
- Artikel 19** Wo können Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag gerichtlich geltend gemacht werden (Gerichtsstand)?
- Artikel 20** Was hat bei Vorliegen einer Interessenskollision zu geschehen?
- Artikel 21** Welche Sonderbestimmungen für einzelne Arten von Fahrzeugen und Kennzeichen gibt es?
- Artikel 22** In welcher Form sind Erklärungen abzugeben?
- Artikel 23** Welches Recht ist anzuwenden?

Ergänzender Teil

- Artikel 24♦** Unter welchen Voraussetzungen vereinbart der Versicherer ein Bonus-Malus-System?
- Artikel 25♦** Wie funktioniert das Bonus-Malus-System des Versicherers? Wer hat Anspruch auf einen zusätzlichen Vorsichts- und Superbonus?
- Artikel 26♦** Welches erweiterte Kündigungsrecht gilt bei Vertragsablauf als vereinbart?
- Artikel 27♦** Welche Bedingungen gelten bei der Vereinbarung zusätzlicher individueller Tarifnachlässe (AutoFairsicherungs-Rabatte)?
- Artikel 28♦** Was ist, wenn mehrere Tarifnachlässe zusammentreffen? Welche Boni entfallen mit Umreihung in eine Malusprämienstufe (10)?
- Artikel 29♦** Welche Zusatzleistungen gelten in der freiwilligen Höherversicherung?

Artikel 1

Was ist Gegenstand der Versicherung?

Die Versicherung umfasst die Befriedigung begründeter und die Abwehr unbegründeter Ersatzansprüche, die aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen gegen den Versicherungsnehmer oder mitversicherte Personen erhoben werden, wenn durch die Verwendung des versicherten Fahrzeuges Personen verletzt oder getötet werden, Sachen beschädigt oder zerstört werden oder abhanden kommen oder ein Vermögensschaden verursacht wird, der weder Personen- noch Sachschaden ist (bloßer Vermögensschaden).

Artikel 2

Wer sind mitversicherte Personen, wie können diese ihre Ansprüche geltend machen und unter welchen Voraussetzungen ist der Versicherer ihnen gegenüber bei einem Fehlverhalten des Versicherungsnehmers leistungsfrei?

1. Mitversicherte Personen sind der Eigentümer, der Halter und Personen, die mit Willen des Halters bei der Verwendung des Fahrzeuges tätig sind oder mit dem Fahrzeug befördert werden oder die den Lenker einweisen.
2. Hinsichtlich dieser Personen ist die Versicherung für fremde Rechnung geschlossen. Die mitversicherten Personen können ihre Ansprüche selbständig geltend machen.
3. Ist der Versicherer gegenüber dem Versicherungsnehmer von der Verpflichtung zur Leistung frei, so gilt dies gegenüber einer mitversicherten Person nur, wenn die Umstände, die die Leistungsfreiheit des Versicherers begründen, in der Person dieses Versicherten eingetreten sind.

Artikel 3

Was gilt als Versicherungsfall?

Versicherungsfall ist bei Personen- und Sachschäden ein Schadenereignis, bei Vermögensschäden eine Handlung oder Unterlassung, aus denen Ersatzansprüche gegen den Versicherungsnehmer oder eine mitversicherte Person entstehen könnten. Mehrere zeitlich und örtlich zusammenhängende Schäden aus derselben Ursache gelten als ein Versicherungsfall.

Artikel 4

Wo gilt die Versicherung (örtlicher Geltungsbereich)?

1. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Europa im geografischen Sinn, jedenfalls aber auf das Gebiet jener Staaten, die das multilaterale Garantieabkommen zwischen den nationalen Versicherungsbüros vom 15. März 1991 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 177, Seite 27) unterzeichnet haben (siehe Anhang).
2. Bei Transport des Fahrzeuges zu Wasser wird der Versicherungsschutz nicht unterbrochen, wenn die Verladeorte innerhalb des örtlichen Geltungsbereiches liegen. Sofern der Bestimmungsort außerhalb des örtlichen Geltungsbereiches liegt, endet der Versicherungsschutz mit Beendigung des Beladevorganges.

Artikel 5

Wie ist der Versicherungsschutz für das Ausland geregelt?

1. Im Gebiet jener Staaten, für die eine internationale Versicherungskarte (grüne Karte) ausgestellt oder auf deren Vorlage durch das multilaterale Garantieabkommen verzichtet worden ist, erstreckt sich die Versicherung jedenfalls auf den in dem betreffenden Staat für Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen vorgeschriebenen, mindestens jedoch den im Versicherungsvertrag vereinbarten Umfang.
2. Der Versicherungsschutz erlischt mit dem Ende des Versicherungsvertrages auch dann, wenn in der internationalen Versicherungskarte eine darüber hinausgehende Dauer ausgewiesen ist.
3. Wenn der Versicherer nach dem Recht des besuchten Staates unter Berücksichtigung der zwischen Versicherern und Verbänden von Versicherern bestehenden Verträge zur Leistung verpflichtet ist, nach dem Versicherungsvertrag aber gegenüber dem Versicherungsnehmer oder mitversicherten Personen nicht haftet, von der Verpflichtung zur Leistung frei ist oder der Versicherungsschutz wegen Beendigung des Versicherungsvertrages erloschen ist, so ist der Versicherer berechtigt, Ersatz für seine sich aus dieser Verpflichtung ergebenden Aufwendungen zu fordern.

Artikel 6

Bis zu welcher Höhe leistet der Versicherer (Versicherungssummen)?

1. Der Versicherer haftet im Rahmen dieser Versicherungsbedingungen in jedem Versicherungsfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden insgesamt (Pauschalversicherungssumme) bis zu den vorgeschriebenen bzw. (bei freiwilliger Höherversicherung) bis zu den vereinbarten Versicherungssummen. Kosten, Zinsen und sonstige wie immer Namen habende Nebenleistungen werden auf diese angerechnet.
2. Übersteigen die Ersatzansprüche die Versicherungssummen, hat der Versicherer die Kosten eines nicht auf seine Veranlassung geführten Rechtsstreites nur im Verhältnis der Versicherungssummen zur Gesamthöhe der Ansprüche zu tragen.
3. Sind Rentenzahlungen zu leisten und übersteigt der Kapitalwert der Rente die Versicherungssumme oder den nach Abzug allfälliger sonstiger Leistungen aus demselben Versicherungsfall noch verbleibenden Restbetrag der Versicherungssumme, so wird die Rente nur im Verhältnis der Versicherungssumme oder ihres Restbetrages zum Kapitalwert der Rente geleistet. Der Ermittlung des Kapitalwertes der Rente ist die österreichische Sterbetafel ÖVM 80/82 und ein Zinsfuß von 3 % zu Grunde zu legen.

Artikel 7

Was gilt als Versicherungsperiode, wann ist die Prämie zu bezahlen, wann beginnt der Versicherungsschutz im Allgemeinen, und was versteht man unter einer vorläufigen Deckung?

1. Als Versicherungsperiode gilt, wenn der Versicherungsvertrag nicht für kürzere Zeit abgeschlossen ist, der Zeitraum eines Jahres.
2. Die erste oder die einmalige Prämie einschließlich Gebühren und Versicherungssteuer ist vom Versicherungsnehmer innerhalb von 14 Tagen nach dem Abschluss des Versicherungsvertrages (Zugang der Polize oder einer gesonderten Antragsannahmeerklärung) und nach der Aufforderung zur Prämienzahlung zu bezahlen (Einlösung der Polize). Die Folgeprämien einschließlich Gebühren und Versicherungssteuer sind zu den vereinbarten Fälligkeitsterminen zu entrichten.
3. Bei Zahlungsverzug gelten die §§ 38 ff VersVG.
4. Solange der Versicherer in Ansehung des geschädigten Dritten gem. § 24 Abs. 2 KHVG zur Leistung verpflichtet bleibt, hat er Anspruch auf die anteilige Prämie bis zum Ablauf der dort angeführten Frist.
5. Der Versicherungsschutz beginnt mit der Einlösung der Polize (Pkt. 2), jedoch nicht vor dem vereinbarten Zeitpunkt. Wird die erste oder die einmalige Prämie erst danach eingefordert, dann aber binnen 14 Tagen oder ohne weiteren schuldhaften Verzug gezahlt, ist der Versicherungsschutz ab dem vereinbarten Versicherungsbeginn gegeben.
6. Soll der Versicherungsschutz vor Einlösung der Polize beginnen (vorläufige Deckung), ist die ausdrückliche Zusage der vorläufigen Deckung durch den Versicherer erforderlich. Die Ausstellung der Versicherungsbestätigung gem. § 61 Abs. 1 KFG bewirkt die vorläufige Deckung. Die vorläufige Deckung endet bei Annahme des Antrages mit der Einlösung der Polize. Sie tritt außer Kraft, wenn der Antrag unverändert angenommen wird und der Versicherungsnehmer mit der Zahlung der ersten oder der einmaligen Prämie schuldhaft in Verzug gerät (Pkt. 3). Der Versicherer ist berechtigt, die vorläufige Deckung mit der Frist von zwei Wochen zu kündigen. Dem Versicherer gebührt in diesem Fall die auf die Zeit des Versicherungsschutzes entfallende anteilige Prämie.

Artikel 8

Was ist nicht versichert (Risikoausschlüsse)?

Der Versicherungsschutz umfasst nicht

1. Ersatzansprüche des Eigentümers, des Halters und - bei Vermietung des Fahrzeuges ohne Beistellung eines Lenkers - des Mieters und der Personen, denen der Mieter das Fahrzeug überlässt, gegen mitversicherte Personen wegen Sach- oder bloßer Vermögensschäden;
2. Ersatzansprüche wegen Beschädigung, Zerstörung oder Abhandenkommen des Fahrzeuges und von mit dem Fahrzeug beförderten Sachen mit Ausnahme jener, die mit Willen des Halters beförderte Personen üblicherweise an sich tragen oder, sofern die Fahrt überwiegend der Personen-

beförderung dient, als Gegenstände des persönlichen Bedarfs mit sich führen; dies gilt nicht für das nichtgewerbsmäßige Abschleppen betriebsunfähiger Fahrzeuge im Rahmen üblicher Hilfeleistung;

3. Ersatzansprüche aus der Verwendung des versicherten Fahrzeuges als ortsgebundene Kraftquelle oder zu ähnlichen Zwecken;

4. Ersatzansprüche aus der Verwendung des Kraftfahrzeuges bei einer kraftfahrtsportlichen Veranstaltung, bei der es auf die Erzielung einer Höchstgeschwindigkeit ankommt, oder ihren Trainingsfahrten;

5. Ersatzansprüche, die besonderen Bestimmungen über die Haftung für Nuklearschäden unterliegen.

Artikel 9

Was ist vor bzw. nach Eintritt des Versicherungsfalles zu beachten (Obliegenheiten)?

1. Als Obliegenheiten, deren Verletzung im Zeitpunkt des Versicherungsfalles die Freiheit des Versicherers von der Verpflichtung zur Leistung bewirkt (§ 6 Abs. 1 und Abs. 1a VersVG), werden bestimmt,

1.1 Vereinbarungen über die Verwendung des Fahrzeuges einzuhalten;

1.2 mit dem Fahrzeug nicht eine größere als die vereinbarte Höchstanzahl von Personen zu befördern;

1.3 im Falle der Zuweisung eines Wechselkennzeichens nur das Fahrzeug zu verwenden, an dem die Kennzeichentafeln jeweils angebracht sind.

Bei Verletzung der Obliegenheit gem. Pkt. 1.2 umfasst die Leistungsfreiheit höchstens den Teil der Entschädigung, der dem Verhältnis der Anzahl der zu Unrecht beförderten Personen zur Anzahl der insgesamt beförderten Personen entspricht.

2. Als Obliegenheiten, die zum Zweck der Verminderung der Gefahr oder der Verhütung einer Erhöhung der Gefahr dem Versicherer gegenüber zu erfüllen sind und deren Verletzung im Zeitpunkt des Versicherungsfalles die Freiheit des Versicherers von der Verpflichtung zur Leistung bewirkt (§ 6 Abs. 2 VersVG), werden bestimmt,

2.1 dass der Lenker zum Lenken des Fahrzeuges kraftfahrrechtlich berechtigt ist;

2.2 dass sich der Lenker nicht in einem durch Alkohol oder Suchtgift beeinträchtigten Zustand im Sinne der Straßenverkehrsvorschriften befindet;

2.3 mit dem Fahrzeug nicht eine größere Anzahl von Personen zu befördern, als nach den kraftfahrrechtlichen Vorschriften zulässig ist.

Die Bestimmung des Pkt. 2.1 gilt nicht für das Lenken aufgrund einer im Ausland erteilten Lenkerberechtigung durch Personen mit ordentlichem Wohnsitz im Bundesgebiet nach Ablauf der in § 64 Abs. 5 erster Satz KFG festgesetzten Frist, solange nicht ein Antrag gem.

§ 64 Abs. 6 KFG abgewiesen worden ist.

Die Leistungspflicht bleibt jedenfalls in den Fällen der Pkte. 2.1 und 2.2 gegenüber dem Versicherungsnehmer und anderen mitversicherten Personen als dem Lenker bestehen, sofern für diese die Obliegenheitsverletzung ohne Verschulden nicht erkennbar war.

Eine Verletzung der Obliegenheit gem. Pkt. 2.2 liegt nur vor, wenn im Spruch oder in der Begründung einer rechtskräftigen verwaltungsbehördlichen oder gerichtlichen Entscheidung festgestellt wird, dass das Fahrzeug in einem durch Alkohol oder Suchtgift beeinträchtigten Zustand gelenkt wurde.

Bei Verletzung der Obliegenheit gem. Pkt. 2.3 umfasst die Leistungsfreiheit höchstens den Teil der Entschädigung, der dem Verhältnis der Anzahl der zu Unrecht beförderten Personen zur Anzahl der insgesamt beförderten Personen entspricht.

3. Als Obliegenheiten, deren Verletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles die Freiheit des Versicherers von der Verpflichtung zur Leistung bewirkt (§ 6 Abs. 3 VersVG), werden bestimmt,

3.1 im Fall der Verletzung von Personen diesen Hilfe zu leisten oder, falls die hierzu Verpflichteten dazu nicht fähig sind, unverzüglich für fremde Hilfe zu sorgen;

3.2 bei Personenschäden die nächste Polizei- oder Gendarmeriedienststelle sofort zu verständigen;

3.3 dem Versicherer längstens innerhalb einer Woche ab Kenntnis

3.3.1 den Versicherungsfall unter möglichst genauer Angabe des Sachverhaltes,

3.3.2 die Anspruchserhebung durch den geschädigten Dritten,

3.3.3 die Einleitung eines damit im Zusammenhang stehenden verwaltungsbehördlichen oder gerichtlichen Verfahrens schriftlich anzuzeigen;

die Pkte. 3.3.1 und 3.3.2 gelten nicht, soweit der Versicherungsnehmer dem Geschädigten den Schaden selbst ersetzt;

3.4 nach Möglichkeit zur Feststellung des Sachverhaltes beizutragen;

3.5 außer im Falle des Pkt. 3.8 ohne Einwilligung des Versicherers die Entschädigungsansprüche des geschädigten Dritten nicht anzuerkennen;¹⁹

3.6 außer im Falle des Pkt. 3.8 ohne Einwilligung des Versicherers einen bedingten Zahlungsbefehl nicht in Rechtskraft erwachsen zu lassen;¹⁹

3.7 dem Versicherer, außer im Fall der Freiheit von der Verpflichtung zur Leistung, die Führung des Rechtsstreits über den Ersatzanspruch zu überlassen, dem vom Versicherer bestellten Rechtsanwalt Prozessvollmacht zu erteilen und jede von diesem verlangte sachdienliche Aufklärung zu geben.

3.8 Hat der Versicherungsnehmer innerhalb von vier Wochen nach Eintritt des Versicherungsfalles eine Leistung zur Abdeckung des Schadens erbracht, so tritt die Leistungsfreiheit des Versicherers wegen Verletzung einer Obliegenheit gem. Pkt. 3.3 nicht ein, wenn die Erfüllung der Obliegenheit innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Versicherungsfalles nachgeholt wird. Die Obliegenheit der Anzeige eines gerichtlichen Verfahrens gem. Pkt. 3.3.3 wird hierdurch nicht berührt.

Artikel 10

Welche Umstände sind als Erhöhung der Gefahr anzusehen?

Als Erhöhung der Gefahr im Sinne der §§ 23 Abs. 1 und 27 Abs. 1 VersVG sind alle Umstände anzusehen, derentwegen das Fahrzeug dem KFG oder den aufgrund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen nicht entspricht und derentwegen eine weitere Verwendung des Fahrzeuges die Verkehrssicherheit gefährdet, sofern das Fortbestehen dieser Umstände auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.

Artikel 11

Inwieweit ist die Leistungsfreiheit des Versicherers bei Verletzung einer Obliegenheit oder einer Erhöhung der Gefahr beschränkt?

1. Die Leistungsfreiheit des Versicherers wegen Verletzung einer Obliegenheit oder einer Erhöhung der Gefahr ist mit je EUR 11.000,-¹³⁾ für den Versicherungsfall, insgesamt mit maximal EUR 22.000,-¹³⁾ beschränkt;

2. Die Beschränkung der Leistungsfreiheit gem. Pkt. 1 entfällt,

2.1 wenn die Obliegenheit in der Absicht verletzt wurde, sich oder einem Dritten rechtswidrig einen Vermögensvorteil zu verschaffen;

2.2 bei Verletzung einer der in Artikel 9 Pkt. 3.5 oder Artikel 9 Pkt. 3.7¹⁹⁾ genannten Obliegenheiten.

Im Falle des Pkt. 2.1 ist der Versicherer über die in Pkt. 1 festgelegte Beschränkung hinaus bis zum Umfang des verschafften Vermögensvorteiles, im Falle des Pkt. 2.2 bis zum Ausmaß des dem Versicherer dadurch entstandenen Vermögensnachteiles leistungsfrei.

Artikel 12 – entfällt.¹⁶⁾

(Wann und unter welchen Voraussetzungen ändert sich die Prämie (Vereinbarte Prämienanpassung)?¹⁴⁾

Artikel 13

Wann und unter welchen Voraussetzungen können Änderungen allgemein vom Versicherer verwendeter Tarife mit Wirksamkeit auf bereits bestehende Verträge angewendet werden?

1. Der Versicherer ist berechtigt, bei der Veränderung des Risikos durch

- Änderung der Häufigkeit der Inanspruchnahme von vertraglich vorgesehenen Leistungen;

- Änderung bestehender oder Inkrafttreten neuer Rechtsnormen sowie nachhaltiger Änderung der Rechtsprechung, sofern sie auf die vom Versicherer getragene Gefahr Einfluss haben;

- Änderung der durch Gesetz, Verordnung, sonstigen behördlichen Akt festgesetzten Ersatzleistungen,

seinen allgemein verwendeten Tarif mit Wirksamkeit auf bestehende Verträge anzupassen.¹³⁾

2. Prämien erhöhungen aufgrund der Bestimmungen des Pkt. 1 können nicht in kürzeren als einjährigen Abständen vorgenommen werden; sie werden frühestens ab dem Zeitpunkt der Verständigung des Versicherungsnehmers durch den Versicherer wirksam.

3. Wird der Tarif aufgrund der Bestimmung des Pkt. 1 erhöht, kann der Versicherungsnehmer den Versicherungsvertrag binnen eines Monats, nachdem der Versicherer ihm die erhöhte Prämie und den Grund der Erhöhung mitgeteilt hat, kündigen. Die Kündigung wird mit Ablauf eines Monats wirksam, frühestens jedoch mit dem Wirksamwerden der Prämienhöhung.

Auf sein Kündigungsrecht ist der Versicherungsnehmer bei der Verständigung über die Prämienhöhung ausdrücklich hinzuweisen.

Artikel 14

Wann und unter welchen Voraussetzungen können Änderungen allgemein vom Versicherer verwendeter Bedingungen mit Wirksamkeit auf bereits bestehende Verträge angewendet werden?

1. Der Versicherer ist berechtigt, bei

- Änderungen von Gesetzen, auf denen die Bestimmungen des Versicherungsvertrages beruhen;
- unmittelbar den Versicherungsvertrag betreffenden Änderungen der Rechtsprechung oder der Verwaltungspraxis;
- einer kartell- oder aufsichtsrechtlichen Beanstandung, der nur im Wege einer Änderung der Bedingungen entsprochen werden kann;
- Unzulässigkeit der Weiterverwendung von Bedingungsstellen aufgrund eines Urteiles nach einer Verbandsklage gemäß § 28 Abs. 1 KSchG oder einer Unterlassungserklärung gemäß § 28 Abs. 2 KSchG;^{13) 15)}

davon betroffene Bedingungsstellen mit Wirkung für bestehende Verträge entsprechend anzupassen.

2. Werden die Bedingungen aufgrund der Bestimmung des Pkt. 1 geändert, kann der Versicherungsnehmer den Versicherungsvertrag binnen eines Monats, nachdem er von der Bedingungsänderung Kenntnis erlangt hat, kündigen. Die Kündigung wird mit Ablauf eines Monats wirksam, frühestens jedoch mit dem Wirksamwerden der Bedingungsänderung.

Auf sein Kündigungsrecht ist der Versicherungsnehmer bei der Verständigung über die Bedingungsänderung ausdrücklich hinzuweisen.

Artikel 15

Welche Rechte hat der Versicherungsnehmer bei der Vereinbarung eines Bonus-Malus-Systems?

Sofern für den Versicherungsvertrag die Bemessung der Prämie nach dem Schadenverlauf vereinbart wird, ist der Versicherungsnehmer vor Abgabe seiner Vertragserklärung über die Funktion des angewendeten Bonus-Malus-Systems zu informieren.

Artikel 16

Wozu ist der Versicherer bevollmächtigt? Wann können Versicherungsansprüche abgetreten oder verpfändet werden?

1. Der Versicherer ist, außer im Fall der Freiheit von der Verpflichtung zur Leistung, bevollmächtigt, die ihm zur Befriedigung oder zur Abwehr der Entschädigungsansprüche des geschädigten Dritten zweckmäßig erscheinenden Erklärungen im Namen des Versicherungsnehmers und der mit versicherten Personen im Rahmen der Versicherungssumme und der übernommenen Gefahr abzugeben.

2. Versicherungsansprüche dürfen vor ihrer endgültigen Feststellung ohne ausdrückliche Zustimmung des Versicherers weder abgetreten noch verpfändet werden.

Artikel 17

Unter welchen Voraussetzungen kann der Versicherungsvertrag gekündigt werden? Wer kann nach Eintritt des Versicherungsfalles kündigen? Was gilt bei Wegfall des versicherten Risikos? Was gilt bei Veräußerung des versicherten Fahrzeuges? Welche Schadenverlaufsbescheinigung muss der Versicherer auf Verlangen ausstellen?¹²⁾

1. Für die Kündigung zum Ablauf des Vertrages gilt § 14 KHVG, für die Kündigung nach Eintritt des Versicherungsfalles § 158 VersVG.

2. Bei Wegfall des versicherten Interesses gilt § 68 VersVG, bei Veräußerung des versicherten Fahrzeuges § 158 h VersVG.

Der dauernde Wegfall des versicherten Interesses wird gegenüber dem Versicherer nur wirksam, wenn die Zulassung aufgrund einer Abmeldung erloschen, aufgehoben oder infolge Zeitablaufes erloschen und dem Versicherer der Typenschein oder der Bescheid über die Einzelgenehmigung überlassen worden ist.

3. Dem Versicherer gebührt jeweils die Prämie für die bis zur Auflösung des Vertrages verstrichene Vertragslaufzeit.

4. Der Versicherer hat dem Versicherungsnehmer bei Beendigung des Versicherungsvertrages auf Verlangen eine Bescheinigung darüber auszustellen, wann der Versicherungsvertrag begonnen und geendet hat und wann Versicherungsfälle eingetreten sind, für die er eine Entschädigungsleistung zu seinen Lasten erbracht oder eine Rückstellung gebildet hat. Leistungen ausschließlich auf Grund eines Teilungsabkommens von Versicherern untereinander oder zwischen Versicherern und Sozialversicherungsträgern sind dabei nicht zu berücksichtigen. Das Gleiche gilt für Leistungen, die der Versicherungsnehmer dem Versicherer erstattet hat.¹²⁾

Artikel 18

Wann ruht der Vertrag?

Der Versicherungsnehmer kann für die Zeit von mindestens 45⁸⁾ Tagen Ruhen des Versicherungsvertrages verlangen, wenn er das Fahrzeug gem. § 43 KFG abgemeldet oder die Zulassungsbescheinigung und die Kennzeichentafeln gem. § 52 KFG hinterlegt hat. Der Tag der Hinterlegung bzw. Abholung der Kennzeichentafeln zählt für diese Frist nicht mit.⁸⁾

Artikel 19

Wo können Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag gerichtlich geltend gemacht werden (Gerichtsstand)?

Der Versicherungsnehmer und die mitversicherten Personen können Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag auch bei den Gerichten geltend machen, in deren Sprengel sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Sitz im Inland haben.

Artikel 20

Was hat bei Vorliegen einer Interessenskollision zu geschehen?

Sofern der geschädigte Dritte und der Versicherungsnehmer beim selben Versicherer haftpflichtversichert sind, finden die Bestimmungen der Artikel 9 Pkt. 3.6 und Artikel 16 Pkt. 1 keine Anwendung. Der Versicherungsnehmer oder die mitversicherte Person kann sich in diesem Fall in einem vom geschädigten Dritten angestregten Rechtsstreit auf Kosten des Versicherers (§ 150 Abs. 1 VersVG) von einem Rechtsanwalt seiner Wahl vertreten lassen, der im Sprengel des für das Verfahren zuständigen Gerichtes seinen Sitz hat.

Artikel 21

Welche Sonderbestimmungen für einzelne Arten von Fahrzeugen und Kennzeichen gibt es?

1. Motorfahräder

Erfüllt ein als Motorfahrrad versichertes Kraftfahrzeug im Zeitpunkt des Schadenereignisses die gesetzlichen Voraussetzungen als Motorfahrrad nicht oder nicht mehr, so gilt dies als Verwendung zu einem anderen als dem im Versicherungsvertrag vereinbarten Zweck im Sinn des Artikel 9 Pkt. 1.1.

2. Anhänger

2.1 Die Versicherung von Anhängern umfasst unbeschadet der Bestimmungen des Pkt. 3.2 nur die Versicherungsfälle, die nicht mit dem Ziehen des Anhängers durch ein Kraftfahrzeug zusammenhängen. Mitversicherte Personen sind der Eigentümer und derjenige, der mit Willen des Eigentümers den Anhänger verwendet.

2.2 Die Versicherung von Anhängern umfasst auch Versicherungsfälle, die mit dem Ziehen des Anhängers durch das Zugfahrzeug zusammenhängen, und zwar

2.2.1 hinsichtlich der Ersatzansprüche von Insassen eines Omnibusanhängers;

2.2.2 hinsichtlich der Schäden durch das mit dem Anhänger zur Beförderung gefährlicher Güter beförderte gefährliche Gut, insoweit die Versicherungssumme für den Anhänger die Versicherungssumme für das Zugfahrzeug übersteigt;

in diesen Fällen sind die durch den Versicherungsvertrag über das Zugfahrzeug versicherten Personen mitversichert;

2.2.3 bei Anhängern mit ausländischen Kennzeichen, die das Kennzeichen des inländischen Zugfahrzeuges führen (§ 83 KFG), sind alle Versicherungsfälle in der Versicherung des Zugfahrzeuges eingeschlossen.

3. Probefahrtenkennzeichen

Bezieht sich der Versicherungsvertrag auf Probefahrtenkennzeichen, so besteht Versicherungsschutz für das Fahrzeug, an dem jeweils die Kennzeichentafeln mit dem Probefahrtenkennzeichen angebracht sind. Auf Probefahrten ist Artikel 9 Pkt. 1.1 sinngemäß, hingegen nicht Artikel 10 anzuwenden.

Artikel 22

In welcher Form sind Erklärungen abzugeben?

Mitteilungen und Erklärungen der versicherten Personen bedürfen zu ihrer Verbindlichkeit der Schriftform.

Artikel 23

Welches Recht ist anzuwenden?

Es gilt österreichisches Recht.

Artikel 24♦

Unter welchen Voraussetzungen vereinbart der Versicherer ein Bonus-Malus-System?

Soweit nichts anderes vertraglich vereinbart ist, wendet der Versicherer für Fahrzeuge der Tarif-Hauptgruppe II/III (PKW/Kombi bzw. Lkw und Wohnmobile bis zu einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3.500 kg⁶⁾/Taxi und Mietwagen) das Bonus-Malus-System entsprechend Artikel 25 an. Die Prämie wird nach dem Schadenverlauf bemessen.

Artikel 25♦

Wie funktioniert das Bonus-Malus-System des Versicherers? Wer hat Anspruch auf einen zusätzlichen Vorsichts-/Superbonus?

1. Grundstufe

Wird auf einen Versicherungsvertrag nicht gem. Pkt. 4 der Schadenverlauf eines früheren Versicherungsverhältnisses angerechnet, wird die erste Prämie nach der Prämienstufe 9 der in Pkt. 6 ersichtlichen Tabelle berechnet.

2. Schadenfreiheit

2.1 Nach schadenfreiem Verlauf jedes Zeitraumes vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres (Beobachtungszeitraum) wird die Prämie zum jeweils nächsten Hauptfälligkeitzeitpunkt ab dem dem Beobachtungszeitraum folgenden 1. Jänner nach der nächstniedrigeren Prämienstufe bemessen.

2.2 Ein Beobachtungszeitraum gilt als schadenfrei verlaufen, wenn kein nach Pkt. 3.2 zu berücksichtigender Versicherungsfall eingetreten ist und das Versicherungsverhältnis mindestens neun Monate bestanden hat. Wenn jedoch die während des Beobachtungszeitraumes fällige Prämie im Sinn des Pkt. 1 nach der Prämienstufe 9 bemessen war, muss das Versicherungsverhältnis mindestens sechs Monate bestanden haben.

3. Berücksichtigung von Versicherungsfällen

3.1 Für jeden gem. Pkt. 3.2 für den Schadenverlauf zu berücksichtigenden Versicherungsfall innerhalb eines Beobachtungszeitraumes wird die Prämie zum nächsten Hauptfälligkeitzeitpunkt ab dem dem Beobachtungszeitraum folgenden 1. Jänner um drei Prämienstufen höher als zuvor bemessen.

3.2 Ein Versicherungsfall wird für den Schadenverlauf berücksichtigt, wenn der Versicherer hierfür eine Entschädigungsleistung zu seinen Lasten erbracht oder hierfür eine Rückstellung gebildet hat. Innerbetriebliche Kosten des Versicherers werden hierbei nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden Entschädigungsleistungen und Rückstellungen, die vom Versicherungsnehmer innerhalb von sechs Wochen, nachdem er von der Entschädigungsleistung und ihrer Höhe oder dem Umstand, dass für eine Entschädigungsleistung eine Rückstellung gebildet wurde, Kenntnis erlangt hat, dem Versicherer erstattet wurden.

3.3 Ein Versicherungsfall wird für den Schadenverlauf des Versicherungsverhältnisses nicht berücksichtigt, wenn Leistungen ausschließlich aufgrund des Teilungsabkommens von Versicherern untereinander oder zwischen Versicherern und Sozialversicherungsträgern erbracht wurden.

3.4 Die Höhe einer vom Versicherer erbrachten Entschädigungsleistung oder der Umstand, dass für eine Entschädigungsleistung eine Rückstellung gebildet worden ist, wird dem Versicherungsnehmer vom Versicherer mitgeteilt und auf die Möglichkeit der Erstattung hingewiesen. Hat der Versicherungsnehmer die Entschädigungsleistung erstattet oder dem Versicherer einen der Rückstellung entsprechenden Betrag bezahlt und führt derselbe Versicherungsfall zu weiteren Entschädigungsleistungen oder Rückstellungen, so steht es dem Versicherungsnehmer frei, auch diese weiteren Leistungen oder Rückstellungen zu erstatten oder den bisher erstatteten Betrag mit der Wirkung zurückzufordern, dass der Versicherungsfall für den Schadenverlauf des Versicherungsverhältnisses berücksichtigt wird.

4. Übergang der Einstufung

4.1 Geht das Eigentum an einem Fahrzeug oder die Anwartschaft darauf auf eine andere Person über, wird der bisherige Schadenverlauf des Versicherungsverhältnisses nur dann berücksichtigt, wenn im Zuge des Übergangs oder innerhalb eines Jahres nach dem Übergang

- ein naher Angehöriger des Versicherungsnehmers das Eigentum am Fahrzeug oder die Anwartschaft darauf erwirbt oder
- ein Leasingnehmer oder Mieter, dem das Fahrzeug während mindestens eines Jahres überlassen war, das Eigentum an ihm erwirbt, oder
- ein Dienstnehmer, der das Fahrzeug während mindestens eines Jahres regelmäßig benützt hat, von seinem Dienstgeber das Eigentum an ihm oder die Anwartschaft darauf erwirbt.

Bei einem solchen Übergang wird der bisherige Schadenverlauf jedoch nicht berücksichtigt, wenn der frühere Versicherungsnehmer im Sinne des Punktes 4.3 ein Ersatzfahrzeug erwirbt.

4.2 Als nahe Angehörige gelten der Ehegatte, die Verwandten in gerader auf- und absteigender Linie und die im gemeinsamen Haushalt lebenden Geschwister. Hierbei sind den Kindern und Eltern Wahl- oder Pflegekinder und -eltern und der ehelichen Gemeinschaft eine eheähnliche gleich-zuhalten.

4.3 Erwirbt der Versicherungsnehmer an Stelle eines veräußerten Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges, für das das versicherte Interesse weggefallen ist, ein anderes Fahrzeug, für das der Tarif die Bemessung der Prämie nach dem Schadenverlauf vorsieht, wird auf ein für dieses Fahrzeug begründetes Versicherungsverhältnis der Schadenverlauf des früheren Versicherungsverhältnisses angerechnet. Ein Fahrzeug gilt an Stelle eines anderen erworben, wenn der Erwerb längstens sechs Monate vor oder innerhalb eines Jahres nach der Veräußerung oder dem Wegfall des versicherten Interesses erfolgt.

4.4 Endet das Versicherungsverhältnis und wird für dasselbe Fahrzeug vom selben Versicherungsnehmer innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Versicherungsverhältnisses ein neuer Versicherungsvertrag geschlossen, wird der Schadenverlauf des früheren Versicherungsverhältnisses auf das neue Versicherungsverhältnis angerechnet.

5. Berichtigung der Einstufung

5.1 Wurde ein Versicherungsfall gem. Pkt. 3 berücksichtigt und ergibt sich, dass keine Entschädigungsleistung zu erbringen ist, wird die Einstufung berichtigt und dem Versicherungsnehmer, der aufgrund des Schadenfalles eine höhere Prämie bezahlt hat, der Unterschiedsbetrag zurückerstattet.

5.2 Wurde ein Beobachtungszeitraum als schadenfrei verlaufen behandelt und ergibt sich, dass eine Entschädigungsleistung zu erbringen ist, wird, vorbehaltlich des Pkt. 3.2 letzter Satz die Einstufung berichtigt. Der Versicherungsnehmer hat dem Versicherer den Unterschiedsbetrag zur Mehrprämie zu entrichten.

6. Prämienstufe Prozent der Tarifprämie

0/1	50
2/3	60
4/5	70
6/7	80
8/9	100

Prämienstufe Prozent der Tarifprämie

10/11	120
12/13	140
14/15	170
16/17	200

7. Vorsichtsbonus

15 %¹⁾ zusätzlicher Prämienbonus wird automatisch ohne Antragstellung und auf Vertragsdauer für alle Versicherungsnehmer der Tarif-Hauptgruppe II berücksichtigt, die beim Versicherer in den Prämienstufen 0 bis 6 versichert sind. Dieser Prämienbonus wird nach der Ermittlung der Prämie gem. Pkt. 6 gerechnet und entfällt bei einer Umstufung in Stufe 7 oder höher.¹²⁾

8. Superbonus

Für Fahrzeuge der Tarif-Hauptgruppe II, die

- in der Prämienstufe 0 oder 1⁶⁾ (gem. Art. 25 Pkt. 6) schadenfrei versichert werden,

- wird automatisch ohne Antragstellung ab Versicherungsbeginn auf Dauer des Vertrages bis zu einem Fahrzeugwechsel⁶⁾ der 10 %ige

Superbonus¹⁴⁾ bei der vom Versicherungsnehmer unter Berücksichtigung aller sonstigen tariflichen und außertariflichen Nachlässe tatsächlich geleisteten Jahresprämie berechnet.

Der Versicherungsnehmer verliert den Superbonus-Anspruch nach einem bonusschädlichen Leistungsfall ab Umstufung in Stufe 3 oder höher.^{9) 12) 16)}

9. Freischaden³⁾

Nur für Fahrzeuge nach HG II mit einer Pauschalversicherungssumme von mindestens EUR 15 Mio.^{7) 12)}. Näheres siehe Artikel 29 Pkt. 2.

Artikel 26♦

Welches erweiterte Kündigungsrecht gilt bei Vertragsablauf als vereinbart?

Schließt der Versicherungsnehmer zugleich mit der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung mit dem Versicherer für das versicherte Risiko eine Kasko- bzw. Insassenunfallversicherung ab, so räumt der Versicherer auch für diese Risiken die einmonatige Kündigungsfrist gem.

§ 14(2) KHVG 1994 ein.

Artikel 27♦

Welche Bedingungen gelten bei der Vereinbarung zusätzlicher individueller Tarifnachlässe?⁹⁾

1. Gültigkeitsbeginn

Die mit dem Versicherer jeweils individuell vereinbarten tariflichen Rabatte gelten ab dem Zeitpunkt der Beantragung.

2. Oldtimerbonus

Für Fahrzeuge der Tarif-Hauptgruppe II (Pkw/Kombi) sowie Hauptgruppe I (einspurige Kfz)¹⁶⁾, die vom Beirat für historische Kfz beim BM für Verkehr, Innovation und Technologie als historische Kraftfahrzeuge eingestuft oder älter sind als 30 Jahre⁹⁾, wird ab Beantragung ein tariflich festgelegter Prämienrabatt gewährt. Voraussetzung ist, dass derselbe Versicherungsnehmer noch ein anderes Fahrzeug der Tarif-Hauptgruppe II (Pkw/Kombi; kein Oldtimer) beim Versicherer aufrecht haftpflichtversichert hat. Entfällt die für den Oldtimerbonus zumindest erforderliche weitere Haftpflichtversicherung, so endet mit diesem Stichtag der Oldtimerbonus.

3. Nicht versicherungspflichtige Fahrzeuge

Für Kraftfahrzeuge mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 10 km/h wird der tariflich vorgesehene Nachlass gewährt, ausgenommen Kraftfahrzeuge gem. Tarif-Hauptgruppe VI (landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge) und Tarif-Hauptgruppe VII Pos. 2 (Mährescher mit Lohndrusch).

Für Kraftfahrzeuge, die nicht zur Verwendung auf Straßen mit öffentlichem Verkehr bestimmt und nicht zugelassen sind, wird der dafür tariflich vorgesehene Nachlass gewährt, ausgenommen Kraftfahrzeuge gem. Tarif-Hauptgruppe VI (landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge) und Tarif-Hauptgruppe VII Pos. 2 und 3 (Mährescher mit Lohndrusch und Arbeitsmaschinen).

Für Fahrzeuge, bei denen die Voraussetzungen gemeinsam zutreffen, gilt der vorgesehene tarifliche Höchsthochstnachlass.

Sonstige Nachlässe werden nicht eingeräumt.

Treffen die Voraussetzungen für den Nachlass nicht (mehr) zu, so ist dies dem Versicherer zwecks Vereinbarung einer dem Tarif entsprechenden Prämie unverzüglich anzuzeigen. Ein zu Unrecht bezogener Nachlass wird rückwirkend in Rechnung gestellt.

Artikel 28♦

Was ist, wenn mehrere Tarifnachlässe zusammentreffen?⁹⁾ Welche Boni entfallen mit Umreihung in eine Malusprämienstufe (ab 10)⁶⁾?

Für die Prämienbemessung werden die tariflich eingeräumten Nachlässe nacheinander berechnet, sofern keine anderslautende Regelung besteht. Diese Beschränkung gilt auch für den Superbonus gem. Artikel 29 sowie den Vorsichtsbonus gem. Art. 25 Pkt. 7.

Dem Versicherungsnehmer eingeräumte Boni entfallen ab dem Zeitpunkt der Umstufung des Versicherungsvertrages in eine Malusstufe 10 oder höher (Art. 25 Pkt. 6), soweit dies nicht anders geregelt ist.¹²⁾

Artikel 29

Welche Zusatzleistungen gelten in der freiwilligen Höherversicherung?^{12) 16)}

1. Für welche Risiken und in welchem Umfang sind Zusatzleistungen in der freiwilligen Höherversicherung möglich?

Alle nachstehend angeführten Leistungen gelten für Fahrzeuge der dort angeführten Tarif-Hauptgruppen (I, II).

Die vereinbarten Leistungen gelten, sofern und solange der Kfz-Haftpflicht-Versicherungsschutz mit einer Pauschalversicherungssumme von zumindest EUR 15 Mio. beim Versicherer aufrecht besteht. Für Fahrzeuge der Tarif-Hauptgruppe I und II mit einer Pauschalversicherungssumme von EUR 9 Mio. gelten ausschließlich die nachstehenden Leistungen laut Punkt 4 und 6. Voraussetzung ist, dass der für die Vereinbarung gültige Tarifzuschlag entrichtet wird und weder gänzliche noch teilweise Leistungsfreiheit des Versicherers gemäß § 24 (3) Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz (KHVG 1994) besteht.

2. Freischaden (Tarifhauptgruppe II)

Ist für das haftpflichtversicherte Fahrzeug der Tarif-Hauptgruppe II in der freiwilligen Höherversicherung eine Pauschalversicherungssumme von zumindest EUR 15 Mio. - davon EUR 12.000,- für bloße Vermögensschäden - vereinbart, so bleibt der erste, für die Einstufung des Versicherungsverhältnisses gemäß den Bestimmungen des Bonus-Malus-Systems maßgebliche Versicherungsfall für die Bemessung der Prämie nach dem Schadenverlauf unberücksichtigt (Freischaden). Die Freischadenberechtigung wird nicht wirksam, wenn der Versicherer gem. § 24 (3) Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz (KHVG 1994) ganz oder teilweise von der Verpflichtung zur Leistung frei ist.

3. Erweiterte Kfz-Lenkerhaftpflichtversicherung im Inland (Tarifhauptgruppe I, II)

In Erweiterung des vereinbarten Versicherungsschutzes erstreckt sich dieser auch auf die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers als Lenker eines fremden, im Inland versicherungspflichtigen Kfz der gleichen Tarifhauptgruppe (I, II) wie das versicherte Risiko des Versicherungsnehmers, sofern dieses Fahrzeug vom Versicherungsnehmer für dessen private Zwecke als Lenker benutzt wird. Versicherungsschutz besteht insoweit, als nicht aus einer anderen für dieses benutzte Fahrzeug abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtversicherung Versicherungsschutz gewährt wird oder der geschädigte Dritte, auch wenn ein solcher Versicherungsschutz nicht besteht, Anspruch auf Entschädigung aus einer sonst bestehenden Pflicht- oder freiwilligen Versicherung hat. Darüber hinaus können dritte Personen aus diesem erweiterten Versicherungsschutz weder berechtigt noch verpflichtet sein.

Die Versicherungsleistung ist in jedem Versicherungsfall mit der im Vertrag des Versicherungsnehmers vereinbarten Pauschalversicherungssumme für Personen- und Sachschäden zusammen begrenzt. Gesetzliche oder vertragliche Schadenersatzansprüche gegen den Versicherungsnehmer wegen Schaden an dem von ihm benutzten Kfz sind vom Versicherungsschutz nicht erfasst. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die mit dem Versicherungsnehmer vereinbarten allgemeinen und ergänzenden Bedingungen für die Kfz-Haftpflichtversicherung (AEKHB).

4. Lenker-Haftpflichtversicherung für Auslandsaufenthalte (Tarifhauptgruppe I, II)

Die Versicherung bezieht sich auf die gesetzliche Haftpflicht des versicherten Lenkers aus der Verwendung fremder, im Ausland versicherungspflichtiger Personen- und Kombinationskraftfahrzeuge, sofern diese bei Firmen, die zur gewerbsmäßigen Vermietung von Fahrzeugen ohne Bestellung eines Lenkers (Selbstfahrervermietfahrzeuge) berechtigt sind, für private Urlaubszwecke gemietet worden sind. Versicherungsschutz besteht insoweit, als nicht aus einer anderen für das Fahrzeug abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Versicherungsschutz ge-

währt wird, oder der geschädigte Dritte, auch wenn ein solcher Versicherungsschutz nicht besteht, aus der im besuchten Land bestehenden Pflichtversicherung entschädigt werden muss.

Die Versicherungsleistung ist in jedem Versicherungsfall mit der Pauschalversicherungssumme von EUR 1,2 Mio. für Personen- und Sachschäden zusammen begrenzt. Eine Versicherungsdeckung für reine Vermögensschäden, die weder Personen- noch Sachschäden sind, besteht nicht. Der örtliche Geltungsbereich für diesen Versicherungsschutz ist Europa im geografischen Sinn gemäß den vereinbarten Bedingungen für die Kfz-Haftpflichtversicherung, zuzüglich des asiatischen Teiles der Türkei, Zyperns und der Staatsgebiete Tunesiens und Marokkos.

Die gegenständliche Versicherung kann einmal pro Versicherungsperiode für einen Auslandsaufenthalt auf die Dauer von maximal 31 Tagen in Anspruch genommen werden.

Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die mit dem Versicherungsnehmer vereinbarten allgemeinen und ergänzenden Bedingungen für die Kfz-Haftpflichtversicherung (AEKHB).

5. Fahrzeugrückholungskostenersatz (Tarifhauptgruppe I, II)

Der Versicherer ersetzt die Kosten der aus dem europäischen Ausland bzw. dem Inland an den Wohnort des Versicherungsnehmers erfolgten Rückholung des im Versicherungsvertrag angeführten versicherten Fahrzeuges, sofern der Versicherungsnehmer oder eine als berechtigter Lenker mitversicherte Person erkrankt oder verunfallt, wobei jedoch der Unfall nicht in ursächlichem Zusammenhang mit der Benutzung des versicherten Kfz stehen muss (die Fahruntüchtigkeit ist durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen). Voraussetzung für den Kostenersatz ist ferner die Rückholung des Kfz durch die Pannenhilfe eines Automobilclubs oder einer Vertragsfirma eines Automobilclubs.

Dieser Versicherungsschutz umfasst ferner die Kosten der Rückholung des im europäischen Ausland durch Unfall oder Panne fahrunfähig gewordenen Kraftfahrzeuges, sofern der Schaden im Ausland auch durch Übermittlung von Ersatzteilen nicht wirtschaftlich zu beheben und die Rückholung des Kraftfahrzeuges (z.B. wegen Totalschadens) nicht selbst unwirtschaftlich ist¹⁰. Voraussetzung für den Kostenersatz ist die Rückholung des Kfz durch die Pannenhilfe eines Automobilclubs oder einer Vertragsfirma eines Automobilclubs.

Der Ersatzanspruch ist mit 80 % der Rückholkosten, höchstens EUR 3.000,- begrenzt.

Insoweit Rückholkosten für das durch Unfall oder Panne im europäischen Ausland fahrunfähig gewordene Kraftfahrzeug von einem anderen Versicherer, Automobilclub oder einer sonstigen Organisation geleistet werden bzw. in Anspruch genommen werden können, entfällt die Leistungspflicht des Versicherers.

6. Kostenübernahme (Tarifhauptgruppe I, II)

Für die folgenden Positionen leistet der Versicherer Ersatz bis zu insgesamt (Summe aller Positionen) EUR 1.500,-:

- Kummerngeld

Im Versicherungsfall leistet der Versicherer Spesenersatz an den Versicherungsnehmer und mitversicherte Personen für deren unfallbedingte, belegmäßig nachgewiesene Spesen wie Taxi, öffentliche Verkehrsmittel, Personenrückholung, Telefonkosten, Übernachtungsspesen, Innenreinigung etc., sofern nicht von einem anderen Versicherer Ersatz geleistet wird. Nicht versichert sind Kosten der Bergung, Abschleppung, Einstellung und Rückholung des Kfz.

- Ersatz von beschmutzter oder beschädigter Kleidung

Wird anlässlich eines Verkehrsunfalles mit dem in der Police genannten Fahrzeug die Kleidung des Versicherungsnehmers beschmutzt oder beschädigt, ersetzt der Versicherer die Reinigungs-, Reparatur- oder Wiederbeschaffungskosten bis zur Höhe des Zeitwertes der Kleidung, sofern nicht von einem anderen Versicherer Ersatz geleistet wird.

- Ersatz von abhandengekommenem Zubehör

Wird das in der Police genannte Fahrzeug anlässlich eines Verkehrsunfalles fahrunfähig, ersetzt der Versicherer dem Versicherungsnehmer die Kosten für Pannendreieck, Autoapotheke, Feuerlöscher sowie für den serienmäßig für das Fahrzeug vorgesehenen Werkzeugsatz, falls diese Gegenstände innerhalb des Zeitraumes zwischen Eintritt des Unfalles und Abtransport des fahrunfähig gewordenen Fahrzeuges abhanden kommen und kein anderweitiger Versicherungsschutz besteht.

- Wiederbeschaffung von Dokumenten

Kommen anlässlich eines Versicherungsfalles mit dem versicherten Fahrzeug Dokumente abhanden, ersetzt der Versicherer dem Versicherungsnehmer die Kosten der Wiederbeschaffung.

7. Entfall der Zusatzleistungen bei Leistungsfreiheit.

Ist der Versicherer ganz oder teilweise von der Verpflichtung zur Leistung frei, so entfallen die gem. Artikel 30 vorgesehenen Zusatzleistungen.

Wichtige Hinweise:

Die mit ♦ gekennzeichneten Bestimmungen ergänzen bzw. ändern die unverbindlichen Musterbedingungen des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs.

Der Versicherungsaufsichtsbehörde mitgeteilt gem. § 18(1) Kraftfahr-Haftpflichtversicherungsgesetz 1994 (KHVG 1994) am 31.03.1995.

¹⁾: 14.06.1995/ ²⁾: 31.05.1996/ ³⁾: 20.12.1996/ ⁴⁾:16.01.1997/ ⁵⁾: 30.06.1997/ ⁶⁾: 27.02.1998/ ⁷⁾:26.03.1999/ ⁸⁾:24.07.2000/

⁹⁾: 01.02.2001/ ¹⁰⁾: 06.03.2001/ ¹¹⁾: 30.03.2001/ ¹²⁾: 22.02.2002/ ¹³⁾: 14.06.2002/ ¹⁴⁾: 26.09.2002/ ¹⁵⁾: 01.04.2003/ ¹⁶⁾: 13.10.2003

Anhang 1

Rententafel

aufgrund der österreichischen allgemeinen Sterbetafel OEM 80/82 und eines Zinsfußes von jährlich 3 % (Artikel 6.3.)

Jahresbetrag der monatlich im Voraus zahlbaren **Lebenslang** *) Rente für einen Kapitalbetrag von **1000 Euro**

Alter **)	Jahresrente Euro						
0	34,95	20	39,06	40	49,69	60	80,60
1	34,60	21	39,37	41	50,57	61	83,39
2	34,74	22	39,70	42	51,50	62	86,40
3	34,90	23	40,04	43	52,48	63	89,65
4	35,07	24	40,40	44	53,50	64	93,17
5	35,26	25	40,78	45	54,58	65	96,97
6	35,45	26	41,18	46	55,72	66	101,07
7	35,65	27	41,60	47	56,92	67	105,49
8	35,86	28	42,04	48	58,18	68	110,25
9	36,09	29	42,50	49	59,51	69	115,35
10	36,32	30	42,99	50	60,91	70	120,86
11	36,56	31	43,51	51	62,40	71	126,78
12	36,81	32	44,06	52	63,96	72	133,18
13	37,08	33	44,64	53	65,62	73	140,07
14	37,35	34	45,26	54	67,37	74	147,44
15	37,63	35	45,91	55	69,24	75	155,31
16	37,92	36	46,59	56	71,22	76	163,71
17	38,20	37	47,31	57	73,34	77	172,68
18	38,48	38	48,06	58	75,60	78	182,27
19	38,76	39	48,86	59	78,01	79	192,58
						80	203,62

*) Bei zeitlich begrenzten Renten ist die Höhe der auf einen Kapitalbetrag von **1.000 Euro** entfallenden Jahresrente aus denselben Rechnungsgrundlagen zu erstellen.

**) Für die Berechnung der Rente ist das Alter des Rentners an seinem dem Beginn des Rentenbezuges nächstgelegenen Geburtstag maßgebend.

Anhang 2

Verzeichnis der Staaten, die das multilaterale Garantieabkommen zwischen den nationalen Versicherungsbüros vom 15. März 1991 unterzeichnet haben (Stand 15. Oktober 2003):

Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Moldawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Serbien und Montenegro, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Weißrussland, Zypern (griechischer Teil).